

## **Streit um Uni-Grundstück in Berlin-Dahlem: Containerdorf oder Neubau?**

Proteste gegen geplantes Flüchtlingscontainerdorf auf Unigelände in Berlin-Dahlem. Erfahren Sie, warum die Freie Universität Widerstand leistet und wie der Senat reagiert.  
#Flüchtlingsunterkunft #BerlinerSenat #FUBerlin

Das brachliegende Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das als potenzieller Standort für ein Containerdorf zur Unterbringung von 260 Flüchtlingen vorgesehen ist, stößt auf Widerstand, insbesondere seitens der Freien Universität. Die Uni beabsichtigt, anstelle des Containerdorfs ein Gebäude für Lehre und Forschung zu errichten. Die Kommunikation zwischen dem Berliner Flüchtlingskoordinator und der FU-Kanzlerin ergab Uneinigkeit bezüglich einer temporären Flüchtlingsunterkunft auf dem Gelände.

Der Präsident der FU Berlin, Günter Ziegler, äußerte Unmut darüber, dass die Senatspläne ohne Konsultation mit der Hochschulleitung vorangetrieben wurden. Die Universität hatte jedoch in der Vergangenheit bereits Flächen für die temporäre Unterbringung von Flüchtlingen zur Verfügung gestellt und darauf hingewiesen, dass das Gelände ab 2023 für eigene Bauprojekte benötigt wird.

Die FU schlägt vor, dass leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als alternative Flächen für die Flüchtlingsunterbringung genutzt werden könnten. Der Flüchtlingsbeauftragte Broemme betont, dass die Unterbringung von Flüchtlingen auf brachliegenden Grundstücken eine geeignete Lösung darstellt, solange diese Flächen anderweitig nicht genutzt werden können.

Zum Ende März beschloss der Senat, 16 weitere Containerdörfer in verschiedenen Bezirken Berlins zu errichten, um dem anhaltenden Mangel an Wohnraum für Flüchtlinge entgegenzuwirken. Trotz einiger Widerstände bei der Standortwahl gelang es, ein Gesamtkonzept für die Errichtung der zusätzlichen Containerdörfer zu entwickeln. Die geplanten Standorte konzentrieren sich hauptsächlich auf den Ostteil der Stadt, was zu einer weiteren Verschiebung des Bevölkerungsungleichgewichts führen könnte.

Der Freiheitsuniversität Berlin wird im Netz vorgeworfen, ihre „woke Fassade“ zu bröckeln, da sie sich gegen die temporäre Flüchtlingsunterbringung ausspricht. Kritiker hinterfragen die Entscheidung der Uni und verweisen auf die mögliche Unterstützung von Flüchtlingen anstelle des geplanten Bauprojekts. Der Diskurs im Netz verdeutlicht die kontroverse Debatte über die Prioritäten und Verantwortlichkeiten im Umgang mit Flüchtlingsunterkünften in Berlin.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**